

# Halle-Zeitung

## Landeszeitung für die Provinz Sachsen für Anhalt und Thüringen.

1922 Nr. 33

Jahrgang 215

**Bezugspreis:** monatlich 10 Pf. — ohne Porto; halbjährlich 55 Pf. — ohne Porto; vierteljährlich 28 Pf. — ohne Porto; vierteljährlich 28 Pf. — ohne Porto. Die Abnehmer sind ersucht, die Bezahlung rechtzeitig zu leisten.

**Verkaufspreis:** Kappeler Straße 61/62, Fernruf Central 7801, überaus von 7 Uhr ab Redaktion 9309 und 1010. — Post-Konten: 261310/1922

**Morgen-Ausgabe**  
**Freitag, 20. Januar**

**Anzeigenpreis:** Die gegen 20 mm rechte, mit einem Breitenmaß 1.00 cm. Die gegen 10 mm rechte, mit einem Breitenmaß 0.50 cm. — Bei Anzeigen von 10 Zeilen oder mehr 50 % Rabatt. — Bei Anzeigen von 5 Zeilen oder mehr 75 % Rabatt. — Bei Anzeigen von 2 bis 4 Zeilen 100 %.

**Druckerei:** Die Halle-Zeitung, Kappeler Straße 61/62, Fernruf Central 7801, überaus von 7 Uhr ab Redaktion 9309 und 1010. — Post-Konten: 261310/1922

# Die Finanznot der Gemeinden

## Hermes' Versprechungen im Reichstag

Das Zentrum, eine wahrhaft „konservative Partei“

### Deutscher Reichstag

w. Berlin, 19. Januar.

Präsident Ebert eröffnete die Sitzung mit einem Rufsatz für den verstorbenen Abgeordneten Dr. Döhring.

Die Interpellationen Grafenmann betreffend Bürgermeisterverlegung und Herrg. (Hörsing) betr. Wagenmangel der Reichswehr konnten innerhalb der geschäftsbefreienden Zeit beantwortet werden. Das Gesetz über die Vereinfachung des Aufgebotsverfahrens geht an den Reichsausschuß, der Entwurf über die Einrichtung einer Reichsaufsichtsbehörde für Unfallversicherung an den Ausschuss für die Reichswehr. Die Beratung des Gesetzes betreffend die Einführung der zur Auswahl der Schöffen und Geschworenen berufenen Vertrauensmänner fordert Usp. Rosenfeld (Unabg.) Maßnahmen, daß auch Arbeiterbetriebe in den Wahlschluß kommen.

Reichsjustizminister Lohmann glaubt, eine Heranziehung der Arbeiter durch eine Erhöhung der Beiträge und eine Umgestaltung der Auswahl ermöglicht zu können. Ein entsprechender Entwurf dürfte im März fertiggestellt sein.

Das Gesetz wird in allen drei Lesungen angenommen. Die Interpellation der Demokraten wegen der Finanznot der Gemeinden

wird vom dem Usp. (Dem.) begründet. Mehrer fordert eine Reichsgeheimdeklaration, die allerdings keine Reichsgeheimdeklaration der Selbstverwaltung enthalten dürfte.

Reichsfinanzminister Hermes, Generalrat der Steuern, trugen umfänglich getroffen ist, gebührt der Finanzminister mit den Ländern und Gemeinden eine Ausdruckschuld beizubringen. Das Reich hat sich finanziell zu Vorkäufen verpflichtet. Das ist bisher schon in Höhe von 5 Milliarden Reichsmark erfolgt. Aber das Reich kann nur mit Anleihen verfahren, deren Begleichung mit den Gemeinden in direkter Beziehung stehen. Die Reichsregierung hat auch wiederholt betont, daß sie nicht in die Selbstständigkeit der

Länder und Gemeinden eingreifen will, vorausgesetzt, daß die beiden nicht die ihnen geozogen Grenzen überschreiten.

Usp. Oelmann (Soz.) begrüßt es, daß die Kommission von Abgeordneten Mittel und Wege finden soll, um die Gemeinden gegen die Rückwirkung der Reichsgesetzgebung zu schützen. Die Gemeinden müßten wieder eigene Einnahmequellen haben. Nur dann könnten sie sich an spätere Reichsnot anpassen.

Usp. Dr. Herfsel (Fr.) 1920 arbeitete alle größeren Gemeinden mit einem Defizit und für 1921 sind die Ausgaben gleichfalls gestiegen. Die Städte sind in einen finanziellen Schicksal gerieten. Die Beschlüsse sind größtenteils ohne Deckung bewilligt.

Usp. Berni (Deutschl.) stellt fest, daß die Deutschnationalen an der verabschiedeten Steuererhöhung nicht Schuld seien. Die in Aussicht gestellte Kontrolle der Gemeindefinanzen diene nur dazu, die Möglichkeit zu vergrößern, Selbstverwaltung habe nur dann Sinn, wenn die Gemeinden eigene Einnahmen hätten.

Usp. Dr. Schulz (D. Vgl.) Die fortgeschrittene Neubesetzung der Gemeinden durch das Reich vertrone sich leicht auf die händigen Wohnung zur Sparmittel. Wegen der geplanten Kontrolle der Gemeindefinanzen und die Einführung einer Steuer einbehaltung als Zweckmaßnahme für den Reichsausschuß überlassen.

Die Weiterberatung wird zunächst abgebrochen.

Die Entwurfs über die Heranziehung der Frauen zum Einkaufen und Gewerbetreibenden ist keine für die Heranziehung der Frauen in der Zukunft wurden dem Reichsausschuß überlassen.

Morgen nachmittag keine Anfragen. Arbeitsnachweisgesetz Fortsetzung der heutigen Debatte.

Schlusssatz gegen 7 Uhr.

Das Zentrum, eine wahrhaft „konservative Partei“

Das parlamentarische System schreibt man uns: Es ist bekanntlich nichts so sehr umstritten, wie der politische Charakter des Zentrums. Das war schon vor der Revolution so, ist auch nach der Revolution geblieben. Tatsache ist, daß das Zentrum es immer hervorragend verstanden hat, sich den Zeitströmungen ausgiebig anzupassen. So erinnern wir uns nach einer Zeit, es war um die Jahrhundertwende, als damals Kaiser Wilhelm II. den deutschen Katholiken die Dormition in Jerusalem schenkte. Damals war keine Partei monarchischer, als das Zentrum; es wurde kaum eine Zentrumsernennung abgelehnt, in der man nicht „Heil Dir im Siegeskranz“ und das bekannte Papstlied: „Den Gruß laßt erschallen“, sang. Das Zentrum war damals die beste Stütze von Thron und Altar.

Auch die parteipolitischen Anschauungen haben beim Zentrum erheblich gewechselt. Das Zentrum, das unter dem Einfluß von Ersberger und Birch steht und seit drei Jahren ein festes Bündnis mit der Sozialdemokratie abgeschlossen hat, wird niemand mehr als konservativ, selbst im weitesten Sinne des Wortes, bezeichnen können. Und doch gibt es eine Zeit, in der das Zentrum sich gegen den Vormarsch, daß in ihm die demokratische Richtung zunehme und demokratische Anschauungen geltend würden, mit aller Entschiedenheit wandte hat.

Bestimmlich wurde anlässlich der Militärvorträge im Jahre 1893 der Reichstag aufgelöst. Nur ein Teil des Zentrums unter Führung des Freiherren von Seneo war für eine Heeresvermehrung zu haben. Bei den Neuwahlen wurden die Freunde der Heeresvermehrung dem Zentrum nicht wiedergewählt, und das Zentrum führte den Kampf gegen die Heeresvermehrung weiter, blieb aber in der Minderheit. In den Debatten nach den Neuwahlen erhob der damalige Reichsfinanzminister Graf von Caprivi gegenüber dem Zentrum den Vorwurf demokratischer Gesinnung und Anfechtung und behauptete, das Zentrum sei in der Umwandlung von einer konfessionell-fürsorglichen in eine politisch-demokratische Partei begriffen. Das gab dem damaligen Vorsitzenden der Zentrumsfraktion des Reichstags, Grafen v. Sompf, Veranlassung, gegen diese Verhärterung im Namen und im Auftrag seiner politischen Freunde Vernehmung einzulegen und in deren Auftrag folgende Erklärung abzugeben:

„Die Zentrumsfraktion ist niemals eine konfessionell-fürsorgliche Partei gewesen. Wenn ihr dies in früheren Jahren fälschlich imputiert wurde, hat sie jedesmal dagegen Vernehmung eingeleitet. Der Schutz der Rechte der katholischen Kirche, gleichwie der übrigen anerkannten Religionsgesellschaften, ist und bleibt stets eine ihrer vornehmsten Aufgaben, aber nicht die einzige. Die Erhaltung des föderativen Charakters des Reichs, der Schutz der bürgerlichen Freiheit aller Angehörigen des Reichs und die Förderung des moralischen und materiellen Wohls aller Volksschichten sind, wie die Statuten ausweisen, nicht minder Aufgaben, die sich unsere Fraktion von Anfang an gestellt hat. Wir betätigen uns nicht in ansonstenteltem, sondern in wahrhaft konservativem Sinne, nämlich im Geiste der Achtung jedes Rechts und Standes, im Geiste der Freiheit wie der Treue, wie des Gehorsams gegen die Träger der Autorität in Staat und Kirche, im Geiste des Aufbaus auf geschichtlich und rechtlich gegebenen Grundlagen, an allen auf die Verbesserung der öffentlichen Zustände gerichteten Vorhaben. Auf dem Boden dieser von unsen selbigen Willkürlos ausgeprochenen Grundbegriffe hat das Zentrum, wie die oftbesprochenen Tatsachen besagen, immer gestanden, steht es heute und wird es, bis Gott will und mit Gottes Hilfe, auch ferner stehen.“

Wenn man die heutigen Verhältnisse betrachtet, kann man nur sagen, wie sich doch die Zeiten ändern! Von konservativer Gesinnung kann jedenfalls beim Zentrum keine Rede mehr sein.

### Poincarés Programm

Neue Drohungen gegen Deutschland — Handlungslosigkeit

w. Paris, 19. Januar.

Die wichtigsten Stellen der ministeriellen Erklärung, die Poincaré heute nachmittags in der Kammer nach Bordeaux im Senat las, lauten:

Vom dem Präsidenten der Republik zur Übernahme der Regierungsmacht unter ersten Umständen berufen, hat das Kabinett, das sich Ihnen hiermit vorstellt, keinen anderen Ausgangspunkt, als in enger Zusammenarbeit mit dem Parlament, die Lösung der französischen Angelegenheiten, die die Friedensbedingungen enthalten. Um unter Programm zu erläutern, machen wir uns die Worte zu eigen, die der Präsident vom Senat und Kammer bei der Eröffnung der Tagung gesprochen.

Poincaré bemerkt, daß das Versprechen der vorläufigen Subjektivität die Fortsetzung des Haushaltsvorschlages für 1923 erleichtere, aber zu energisch auch unsere Bemühungen sein müßten, können wir doch nur dann ganz sicher sein, die französischen Finanzen zu heilen, wenn Deutschland, für dessen Rettung wir schon so viele Milliarden ausgelastet haben, alle Verpflichtungen erfüllt, die es übernommen hat und die Schöden wieder gutmacht, die es verursacht hat. Es wäre die schrecklichste Ungerechtigkeit, wenn ein Land, das einen unaufrichtigen Angriff erdulden mußte, und von dem nächsten Devisenmarkt durch die Situation vernichtet worden, auf seine Kosten die Staaten wieder aufbauen dürfte, die ein Krieg von vier Jahren Dauer auf seinem Gebietes gelitten hat, und wenn es seinen Steuerpflichtigen jammern müßte, die regelmäßigen Anwendungen für die Hinterbliebenen der Kriegsveteranen, die Witwen und Waisen für die Kriegsgeliebten und Hinterbliebenen der bürgerlichen Familien, die vom Feinde erschossen wurden sind, überzähren.

Die Regierungserklärung wandelt sich gegen die Rede, daß Frankreich von imperialistischen Bewegungen geleitet sei, betont aber, daß die grundlegendste Bedingung für einen allgemeinen wirtschaftlichen Wiederaufbau die Wiederherstellung der zerstörten Gebiete in Frankreich sei, und führt fort: Das Problem der Reparation bederft alle anderen Fragen, und wenn Deutschland in dieser wichtigsten Frage seinen Verpflichtungen nicht nachkommt, so werden wir die auch Aufsicht der Reparationskommission zu ergreifenden Maßnahmen zu prüfen haben, deren erste ich zweifellos auf Forderung und Garantie, auf die Wiederrichtung einer starken Kontrolle über die Wirtschaftslage Deutschlands besteht.

So wichtig und die Angelegenheit für Frankreich ist, so darf es auch nicht die anderen Weltmächten das Recht von Verdächtig nicht vergessen lassen, die Wahrung und Wahrung der Weltfriedens verheeren. Solange dies nicht abgeschlossen ist, werden wir nicht zur vollkommenen Herrschaft sein, die Garantien zu beschaffen und weitere zu ergreifen, sondern wir werden auch ermahnt sein zu erklären, daß die Reparationsverpflichtung für das linke Rheintal

nur noch nicht zu Laufen begonnen hat. Mehr als je ist es wichtig, diese Aufgabe, die französische Regierung immer vertreten hat, behaupten zu können.

In vielen verschiedenen Fragen und in allen denen, vor die wir noch gestellt werden, werden wir eine lose Haltung annehmen und uns mit den uns Verdrüßerten verständigen. Wir werden die Prüfung der Angelegenheit wieder aufnehmen, die vorübergehend Mißverständnisse herbeigeführt hat. Eine wirksame Garantie für den Frieden ist das Bestehen von Abkommen zwischen den Völkern, die durch die Gemeinlichkeit der Interessen geboten sind. Die Regierung wird ihre ständige Mitwirkung bei dem Völkerbund fortsetzen. Die Ergebnisse, die er schon erzielt hat, lassen erhellen, was die Welt von ihm erwarten kann. Wir werden nachdrücklich fordern, daß die im Programm von Cannes festgelegten Bedingungen von den Delegierten in Genoa vor jeder anderen Bedingung angenommen ober abgelehnt werden und daß keine Abstimmung der Verträge auch nur indirekt auf der Konferenz in die Debatte gezogen wird.

Wenn wir in dieser Hinsicht keine sichere Möglichkeit erhalten, so würden wir geschlossen sein, und volle Handlungsfähigkeit vorzuschaffen. Wir werden uns sehr glücklich schätzen, wenn das Abkommen, das der Rettung des Friedens dienen soll, bald von Frankreich und England unterzeichnet werden kann. Wir zweifeln nicht, daß es in beiden Ländern auf der Ebene der absoluten Gleichberechtigung unterzeichnet werden kann, da es beiden Ländern nützlich soll. Wir zweifeln auch nicht, daß dies Abkommen eine Einschränkung der gemeinsamen und künftigen Garantien behält, wie sie der Friedensvertrag anerkennt.

Wir werden uns gleichzeitig mit Italien und England zu verständigen suchen, um zu beschließen, im Orient die Wiederhernahme der Friedensverhältnisse zwischen drei Mächten — Belgien, Frankreich und England — zu betonen, um im Mittelmeer die gemeinsamen Interessen zu verteidigen und die Beziehungen zwischen den drei Mächten zu stärken. Wir werden nachdrücklich fordern, daß die im Programm von Cannes festgelegten Bedingungen von den Delegierten in Genoa vor jeder anderen Bedingung angenommen ober abgelehnt werden und daß keine Abstimmung der Verträge auch nur indirekt auf der Konferenz in die Debatte gezogen wird.

Die deutschen Kohlenlieferungen

w. Paris, 19. Januar.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgenden Bericht: Die Reparationskommission hat beschlossen, an Stelle des Monatsprogramms für Kohlen und Stahl ein innerhalb des Zeitraums von drei Monaten — Belgien, Frankreich, England — zu beschließendes Lieferungsprogramm zu setzen. Wie während des Zeitraums zu liefern soll, beträgt die Reparationskommission an Kohlen ausgedrückt ist. Es wurde vereinbart, daß die Lieferungen sich gleichmäßig auf den ganzen in Aussicht genommene Zeitraum verteilen sollen. Die deutsche Delegation hat die feste Verpflichtung übernommen, das angegebene Programm auszuführen.

Das Zentrum, eine wahrhaft „konservative Partei“

le des affen zwische 10 820 22: NO! um! o and ! ! abak bontem gestellt von 4 ml. an haben. herhausen





